

Herausforderungen der Schweiz (5/Schluss): Steuerpolitik

Die heimliche Gier des Wählers

Schweizer stimmen an der Urne gegen anständige Löhne und mehr Ferien, weil sie auf Angstmacherei panisch reagieren. Es gibt aber noch einen weiteren, hässlicheren Grund. *Ein Essay von Thomas Meyer*

In der Bar mit Freunden, zu Hause am Familientisch und im Büro ist sich das Volk stets einig: Die Reichen sind zu reich und zu gierig, der Mittelstand blutet aus. Lesen die Leute in den Zeitungen, die sich übrigens auch immer einig sind, von sogenannten Abgangsschädigungen oder überhöhten Löhnen, werfen sie die Hände ob deren Höhe, ja überhaupt ob deren schieren Existenz, beides zu Recht.

Gehen dann Steuerinitiativen und andere Begehren für Privilegien des Mittelstands an den Start, freut sich das Volk: Jetzt zeigen wir es den Pfeffersäcken. Jetzt verweisen wir sie in die Schranken. Die sollen auch mal zahlen, nicht immer nur wir. Wir arbeiten uns den Arsch ab, und wofür? Wir haben auch Rechte!

Anfangs räumen die Umfragen den Anliegen immer gute Chancen ein. Doch an der Urne ist der Mut verfliegen: Das Volk hat es mit der Angst zu tun bekommen und verhält sich lieber brav. 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben vergangenen Juni Nein gesagt zur SP-Initiative für eine Erbschaftsteuer. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, ebenfalls eine Initiative der SP, kam im November 2014 ebenfalls nicht durch: 59 Prozent Nein.

Noch übler erging es dem Mindestlohn, der 2014 abgeschmettert wurde, mit sagenhaften 76 Prozent Nein-Stimmen, und auch auf sechs statt vier Wochen Ferien verzichtete die Wählerschaft, nur 33,5 Prozent stimmten 2012 dafür. Warum? Warum wollen die Schweizer ständig die Vermögenden zur Kasse bitten und mehr Privilegien für sich selbst erwirken und lassen es dann doch lieber bleiben, wenn sie Gelegenheit dazu haben?

«Du wirst hungern»

Schauen wir uns an, was denn jene, an deren Eingemachtes es jeweils gehen würde, zu solchen Anliegen zu sagen hatten: «Voller Risiken für Familien, KMU und Kantone», behaupteten die Gegner der Erbschaftsteuer umfassend und auch reichlich vage. Die Gegner der Pauschalbesteuerungs-Initiative fragten rhetorisch: «Höhere Steuern für Mittelstand und KMU?», während andere, dank ihrer Fähigkeit in die Zukunft zu sehen, eine präzise und zufälligerweise schön runde Zahl präsentieren konnten: «25 000 Arbeitsplätze verloren!»

Auch bei Mindestlohn und Ferien verfügte die Gegnerschaft über prophetische Talente und konnte rechtzeitig davor warnen, dass die Annahme dieser Initiativen zum sofortigen und unwiederbringlichen Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen führen würde. Argumentiert wird dabei immer mit dem mächtigen, bewährten und heimtückischen Instrument der Angst: Wenn du, lieber Wähler, übermütig wirst und von uns, den Mächtigen, etwas forderst, dann wird das für dich fürchterliche



Schriftsteller Thomas Meyer stellt im Volk eine «bemerkenswerte Mischung aus Ehrfurcht und Hoffnung» fest. Foto: Thomas Egli

Nachteile haben. Du wirst sofort verarmen. Du wirst hungern. Du wirst in die strukturschwächste Region des Landes ziehen müssen und dort freudlos darben.

Und weil der Mensch praktisch alles glaubt, was er hört, und sei es noch so absurd, glaubt er auch der Logik, dass er sich in den eigenen Fuss schieesse, wenn er Ansprüche stelle. Es spielt dann keine Rolle mehr, dass die Pauschalbesteuerung nichts anderes darstellt als eine vollkommen unfaire Ausnahmeregelung für Superreiche, dass zwei zusätzliche Ferienwochen jedem Arbeitnehmer gut tun und seine Produktivität steigern und überdies nicht Arbeitsplätze vernichten, sondern generieren würden, und dass die Erbschaftsteuer erst ab zwei Millionen Franken gegriffen hätte. Die Men-

schen denken nicht mehr besonnen und sachlich, sondern werden bei der ersten Drohung sofort panisch und halten die infamen Lügen und sachfremden Übertreibungen, die eine finanzstarke Lobby auf eine Unzahl von Plakaten gedruckt hat, für die blanke Wahrheit.

Die Hoffnung auf Reichtum

Doch es ist nicht die einschüchternde Gegenpropaganda, die Steuerinitiativen versenkt. Sie hilft dabei nur fleissig mit. Entscheidend ist ein bemerkenswerter Schattenfaktor, nämlich die heimliche Gier der Wähler. Keiner würde es jemals zugeben, aber jeder hofft darauf, dereinst zum Multimillionär zu werden, durch Geduld oder glückliche Fügung. Jeder hofft auf steilen beruflichen Aufstieg, Lottogewinn oder einen phäno-

menalen Einfall, der sich von selbst explosiv vermarktet, und jeder hat sehr klare Vorstellungen davon, was er machen wird, wenn er dann wohlhabend ist (meist nichts Schlaues).

Wir sehen so viel Reichtum um uns herum, dass wir überzeugt sind, er sei auch uns real zugänglich, und dass wir bisher einfach nicht genug Glück gehabt, nicht fleissig genug gearbeitet oder noch nicht gründlich genug nach jener Möglichkeit gesucht haben, die uns die Tore zum Überfluss öffnet.

Von dieser aberwitzigen Hoffnung beseelet, stehen wir Steuerinitiativen unbewusst kritisch gegenüber. Ganz einfach, weil wir es uns mit unseren vermögenden Freunden, die wir ja bald haben werden, nicht verschmerzen wollen. Darum schenken wir ihren fieseren Argu-

menten Glauben und vernichten an der Urne alle fairen, sozialen und berechtigten Anliegen wie den Mindestlohn, der problemlos umzusetzen gewesen wäre, halt zum Preis der Minderung einiger Topgehälter oder der Aufhebung der kriminellen Abgangsschädigungen (woraus besteht eigentlich der Schaden, der damit behoben wird?). Ja, wir glauben ernsthaft, dass die Reichen uns für unseren Gehorsam belohnen werden. Unter anderem mit einem dieser tollen Jobs, die es bei ihnen gibt.

Die Ausnahme

Apropos Jobs: Aus den USA stammt der schöne Satz «They are the job generators!» Er drückt aus, dass man die Reichen nicht mit höheren Steuern belasten dürfe, aus Dankbarkeit dafür, dass sie dem Volk Arbeit geben. Auch hier wird ignoriert, dass ein Arbeitgeber mit einem Arbeitnehmer Gewinn macht und ihn andernfalls entlässt. Doch auch diese Überlegung hat keine Chance neben der allgegenwärtig drängenden Frage, wo der eigene Lebensstandard angesiedelt ist, wohin er abrutschen könnte und gleichzeitig, zu welchen Höhen er aufsteigen muss. Allein anhand dieses - im Übrigen ausgesprochen egoistischen und materialistischen - Kriteriums werden Steuerinitiativen beurteilt. Und vor diesem Hintergrund sind ihre schlechten Resultate kein Wunder, sondern die zwingende Folge.

Eine Ausnahme war Thomas Minders Abzockerinitiative. Sie kam offenbar im richtigen Moment vom richtigen Mann, nämlich einem glaubwürdigen Unternehmer, doch sie war im Vorfeld immer wieder verzögert worden - acht Jahre dauerte es von der Lancierung bis zur Abstimmung. Doch als sie schliesslich im März 2013 mit eindrucksvollen 68 Prozent angenommen worden war, wurde sie im gleichen Stil verwässert. So lange, bis niemand mehr von zu hohen Gehältern sprach und sich alle wieder daran erinnert hatten, dass sie selbst gern eines hätten.

Serie Autoren nehmen Stellung

Vor den Wahlen vom 18. Oktober äussern sich im TA fünf Schweizer Autorinnen und Autoren zu Herausforderungen des Landes - heute der 1974 in Zürich geborene Thomas Meyer. Mit seinem Erstling «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» landete er 2012 einen Bestseller. Meyer erzählt darin von den Nöten eines jungen orthodoxen Juden, der endlich verheiratet werden soll. Letztes Jahr ist mit «Rechnung über meine Dukaten» sein zweiter Roman erschienen. Meyer lebt in Zürich. (TA)

 **Collection Herausforderungen der Schweiz**
schriftsteller.tagesanzeiger.ch

Steuern senken, um Einnahmen zu sichern - wie erklärt man das dem Volk?

Der Umbau der Besteuerung der Unternehmen ist eines der wichtigsten Projekte der nächsten Legislatur.

Doris Kleck
Bern

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat es eilig mit der Unternehmenssteuerreform III - sie soll 2017 in Kraft treten, damit die Unternehmen endlich Rechtssicherheit haben. Eigentlich hätte der Ständerat das Geschäft bereits in der letzten Herbstsession beraten sollen. Hätte: Die vorberatende

Kommission hat den Zeitplan durcheinandergebracht. Sie braucht mehr Zeit für das komplexe Geschäft. Denn hinter dem Kürzel USR III versteckt sich der grösste Umbau des Schweizer Unternehmenssteuersystems. Auf Druck der EU und der OECD müssen die Kantone fünf Steuerregimes abschaffen. Dank dieser werden die im Ausland erwirtschafteten Erträge internationaler Konzerne steuerlich privilegiert.

Nur: Einfach abschaffen kann man die verpönten Steuerregimes nicht, sonst droht die Gefahr, dass die multinationalen Konzerne abwandern. Weil sie beim Bund knapp die Hälfte aller Gewinnsteuereinnahmen generieren, haben nicht nur die Kantone, sondern hat



«Entweder wir führen die Steuerreform durch, oder wir riskieren zahlreiche Arbeitsplätze in der Schweiz.»

Eveline Widmer-Schlumpf

auch Bundesbern ein Interesse an geschickten Ersatzlösungen. Mit der Reform verfolgt der Bundesrat drei Ziele, die nicht einfach vereinbar sind: Die Schweiz soll ein steuerlich attraktiver Unternehmensstandort bleiben, das System soll international akzeptiert sein und gleichzeitig sollen die Einnahmen der öffentlichen Hand gesichert werden.

Um dies zu erreichen, soll unter anderem eine Patentbox eingeführt werden, welche die steuerliche Privilegierung von geistigem Eigentum erlaubt. Zudem sollen die Kantone ihre regulären Gewinnsteuern senken. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Sätze im Durchschnitt auf 16 Prozent sinken werden. An diesen Steuersenkungen in den

Kantonen will sich der Bund mit einer Milliarde Franken beteiligen.

Das ist viel Geld, vor allem in Zeiten, in denen im Bundehaus gespart werden muss. Die Linke befürchtet, dass die Privatpersonen die Kosten der Reform tragen werden - und sie droht mit dem Referendum. Sie will erreichen, dass das Parlament zusätzliche Mehreinnahmen im Rahmen der Reform beschliesst. Kommt das Referendum, würde sich Widmer-Schlumpfs Zeitplan weiter verzögern. Angst davor hat sie nicht: «In der Diskussion kann man sagen: Entweder wir führen die Unternehmenssteuerreform durch, oder wir riskieren zahlreiche Arbeitsplätze in der Schweiz», erklärte sie kürzlich in der NZZ.